

Rede von campusgrün NRW auf der Kundgebung „Fristen kippen“ am 28. Oktober in Düsseldorf

Liebe Anwesende,
liebe zukünftige Lehrerinnen und Lehrer,
liebe Protestierende!

An die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer unter uns werden hohe Anforderungen in den Schulen gestellt!

Sie sollen dabei helfen, die Schüler*innen zu mündigen und kritischen Menschen zu erziehen und sie individuell und bestmöglich fördern.

Dabei kommt den Schulen zugleich immer mehr Verantwortung zu, sich auch gesellschaftlichen Fragen zu stellen, sozialen und kulturellen Entwicklungen und Problemen gegenüber zu öffnen und diese bestmöglich in ihren Schulalltag zu integrieren. Sei es im Bereich der Inklusion, sei es der Umgang mit dem Internet und sozialen Medien, sei es die Unterstützung von Schüler*innen, die aus schwierigen Verhältnissen kommen.

Wie können wir erwarten, dass dies von den zukünftigen Lehrenden machbar ist, wenn die heutigen Studierenden selbst nur möglichst schnell durch ihr Studium hetzen sollen?

Schon im rot-grünen Koalitionsvertrag ist die Absichtserklärung festgeschrieben, dass alle Studierenden ein erfolgreiches Studium in NRW absolvieren können.

Auch in ihrem Wahlprogramm forderten die Grünen, dass Probleme mit der Arbeitsbelastung und der Prüfungsorganisation behoben werden sollen.

Wie soll das bitteschön damit zusammenpassen, dass tausende von Lehramtsstudierenden jetzt vor den Optionen stehen, entweder in das Bachelor-/Mastersystem zu wechseln und dabei mehrere Jahre zu verlieren oder überhastet und unter enormem Stress ihr Staatsexamen jetzt ablegen zu müssen und deshalb dafür dann Lerninhalte zu kurz kommen? Wem soll damit geholfen sein? Weder den angehenden Lehrer*innen, noch den Schüler*innen.

Auch vor dem Hintergrund, dass die rot-grüne Landesregierung vor einem Monat angekündigt hat, mehrere tausend zusätzliche Lehrer*innen einzustellen. Und darüber hinaus momentan reihenweise ehemalige Lehrer*innen aus dem Ruhestand zurückgeholt werden. Es erscheint also doch ziemlich absurd, den LPO2003-Studierenden ihren Weg zu einem erfolgreichen Studienabschluss zu erschweren.

Laut Regierungsentwurf des LABG sollen die Fristen nun um ein Jahr verlängert werden. Natürlich war es für viele Studierende eine enorme Erleichterung, als sie davon hörten. Trotzdem ist diese Verlängerung für viele noch längst nicht ausreichend. Klar, auch einige Härtefallregelungen sind schon angedacht. Doch Härtefallregelungen sind immer eine enorme Belastung für die Betroffenen. Es entsteht bürokratischer Aufwand und die Unsicherheit, ob man tatsächlich in eine der vorgegebenen Kategorien passt. Wir wollen aber nicht, dass zukünftige Lehrer*innen sich Kategorien anpassen. Sie sollen sich in Ihrem Studium - wie auch im späteren Berufsleben - darauf konzentrieren, kritisches Denken zu ermöglichen und zu verbreiten!

Es gehört zum programmatischen Anspruch der Grünen, Politik für eine bunte und vielfältige Gesellschaft zu machen. Als Grüne Hochschulgruppen in NRW fordern wir dies bei der Lehramtsreform ein! Es reicht nicht, mit kosmetischen Änderungen die schwarz-gelbe Auslaufregelung zu korrigieren. Schwarz-gelber Blödsinn muss aus dem Gesetz gestrichen werden, um emanzipatorische Bildung zu ermöglichen! Wir fordern von den rot-grünen Landtagsfraktionen, dass sie eine pauschale Verlängerung auf 21 Semester in das Gesetz schreiben - wie es sich auch in der Vergangenheit beim Auslauf des Diploms bewährt hat. Alles andere ist nur Klein-Klein, das unserem Anspruch an die Bildungspolitik zuwider läuft!

Nicht nur für die LPO2003-Studierenden ist es zwingend notwendig, dass das Gesetz durch den Landtag nachgebessert wird, sondern auch für die Studierenden im Bachelor-/Master-System. So gibt es für diese nach wie vor die Unsicherheit, ob sie nach dem Bachelor einen Masterplatz kriegen und also auch die Unsicherheit, ob sie überhaupt als Lehrer*in arbeiten können. Auch die momentane Gestaltung des Praxissemesters ist hoch problematisch, da die Studierenden hierbei mindestens fünf Monate an den Schulen arbeiten müssen, ohne dafür bezahlt zu werden und gleichzeitig auch nur schwer nebenher Geld verdienen können. Wenn man es ernst meint, dass alle Studierenden ihr Studium erfolgreich absolvieren können sollen, muss hier ebenfalls dringend nachgebessert werden!

Deshalb fordern wir:

1. Fristen kippen und ein Moratorium in diesen unsicheren Zeiten der gesetzlichen Aushandlungen!
 2. Differenzierte und faire Härtefallregelungen mit dem Ziel, dass diese gar nicht erst benötigt werden!
 3. Eine Neubewertung und Verbesserung des Praxissemesters und einen Arbeitssoll im Studium, der auch mit Nebenjobs, gesellschaftlichem Engagement, individuellem Lernen, Behinderung und einer jungen Familienplanung zu bewältigen ist!
- Und vor allem: Ein Ausrichten der Lehr- und Hochschulpolitik an den Bedürfnissen und Problemen der Studierenden!